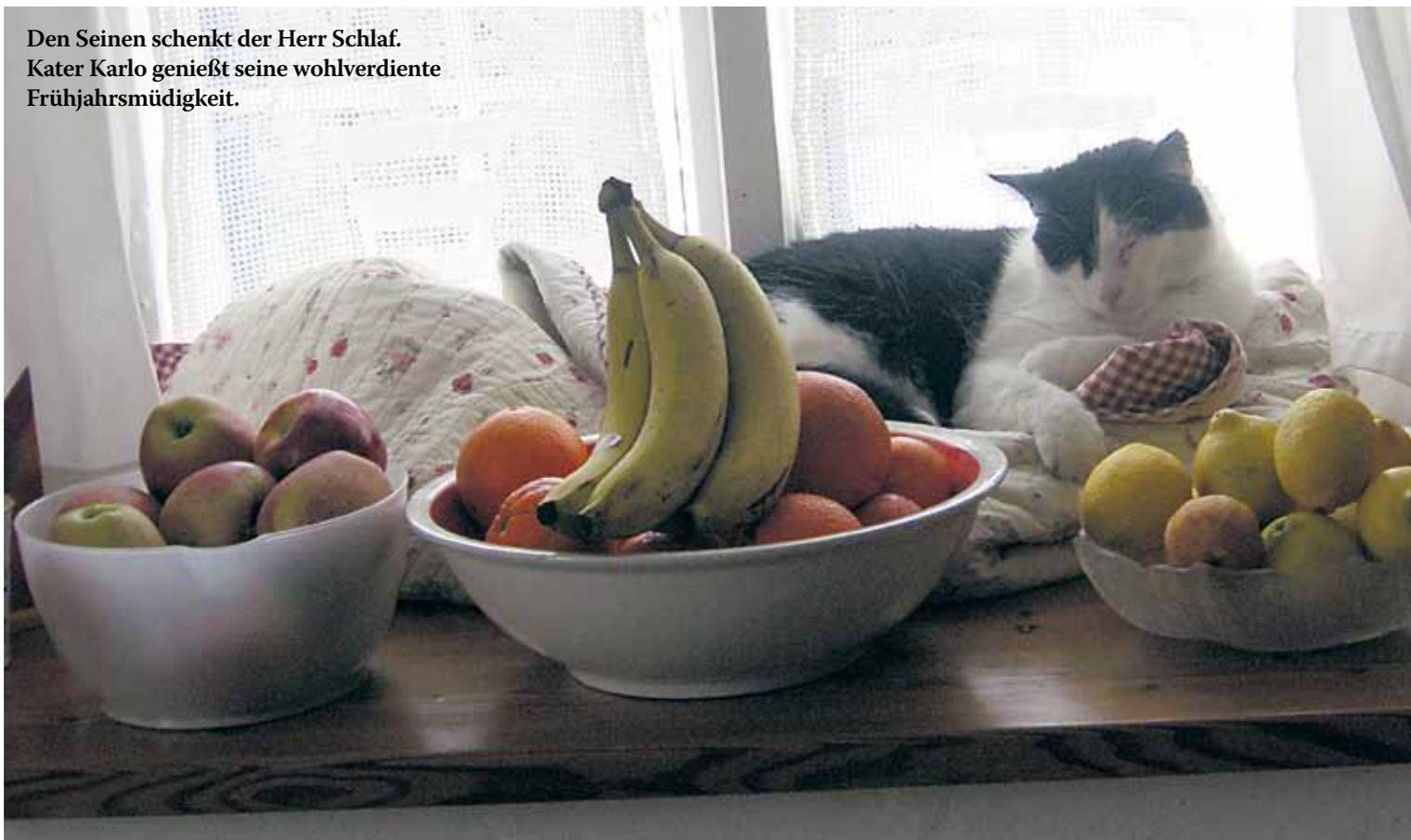


Teuerung frisst Wohlstand auf

Seite 6 und 7

Den Seinen schenkt der Herr Schlaf.
Kater Karlo genießt seine wohlverdiente
Frühjahrsmüdigkeit.



Unsere Telefonnummern:

Tel u Fax 03862/22417
oder 0676/6132771

KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ,
Mieterschutzverband

Donnerstag 14 - 17 Uhr
Freitag von 9 - 19 Uhr und nach Vereinbarung

Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats
von 14 bis 17 Uhr

Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,
Fax 03862/22417
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats
von 15 bis 18 Uhr

Kommunistische Jugend

Österreichs -KJÖ

m@il: kjoe@kjoe.at

www.kjoe.at

Tel. 038 62/22 4 17

Kommentar



Jakob Matscheko

Das Lied vom „Sparen“

Wir müssen sparen, so wird es den Menschen eingehämmert. Dabei wird bewusst das Wort „Sparen“ verwendet, weil das ein positiv besetzter Begriff ist. In Wirklichkeit geht es darum, dass die Bevölkerung die Milliarden für die Banken- und Eurorettungspakete bezahlen muss. Die Opfer der kapitalistischen Krise müssen auch noch selbst die Zeche bezahlen.

Das Wichtigste sei nun, so hören wir es täglich, das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen. Damit wird klargelegt, wer die Welt regiert: Die Konzerne, die Finanzmärkte, die Banken und Spekulanten. Die KPÖ aber fragt: Wo bleiben die Menschen? Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hat die Politik aufgehört zu gestalten. Politiker werden zu Getriebenen, die ihrer Bevölkerung die vielen Einschnitte und Verschlechterungen mundgerecht verkaufen müssen. Übrigens, der Antrag der KPÖ, die Bezüge der Landespolitiker um rund 30% zu senken, wurde im Landtag von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ abgelehnt.

Franz-Hermann, das Sparschwein!



Wenn es nach Franz Voves und Hermann Schützenhöfer geht wird die Steiermark kaputtgespart um dem Euro neues Spekulationsgeld zukommen lassen zu können. Bei einer Aktion protestierte die Widerstandsbewegung „Plattform 25“ mit der Statue des zweiköpfigen Sparschweins Franz-Hermann.

Kapfenberg darf nicht Leoben werden!

Sie nennen es Sparen. Sie nennen es Strukturreform. Tatsächlich ist großflächiges Kaputtsparen geplant: Bei der kommunalen Versorgung, bei der Gesundheit, bei der Lebensqualität. Sogar eine Zusammenlegung der Gemeinden von Leoben bis Kapfenberg hält Landeshauptmann Voves für erstrebenswert. Und stellt damit tausende Arbeitsplätze in Frage.

Erste Details der sogenannten Strukturreform der Landesregierung zeigen: es geht hier nicht um eine Verbesserung der Leistungsangebote und eine effizientere Verwaltung, sondern darum, den Rotstift anzusetzen, wo immer es geht. Breite Teile der Bevölkerung sind mittlerweile betroffen, da die Landesregierung sich dem Druck der Finanzmärkte beugt und einen eisernen Sparkurs zu Lasten der Arbeiter und Angestellten, der Schüler und der Pensionisten fährt. Auch bei uns im Bezirk kann man schon anhand der ersten Sparmaßnahmen eine negative Entwicklung aufzeigen. Die Gebärdstation am LKH Bruck wurde gegen den Willen des Gemeinderates geschlossen,

werdende Mütter müssen nun ihre Kinder in Leoben zur Welt bringen. Mehrere Schulen werden geschlossen, darunter die Hauptschule in Breitenau, wo die Schulpflichtigen in Zukunft teilweise stundenlang im Bus sitzen werden, und die Volksschule in Kapfenberg-Arndorf.

All diese Maßnahmen, zusammengenommen mit jenen, die noch kommen werden – Verkauf der Landespflegeheime, Auflösung von Gemeinde- und Bezirksämtern, Privatisierung der Landeswohnungen usw. – schädigen die Lebensqualität in der Region und werden langfristige Folgen haben. Und man muss dazu ja eines anmerken: All diese Maßnahmen wurden ohne Einbeziehung der Betroffe-

nen, ohne offene Diskussion und ohne der Möglichkeit, Kritik zu artikulieren durchgepeitscht. Das ist ein schlechtes Omen für die geplanten Gemeindefusionen. Viele Fragen bleiben offen!

Was passiert mit dem öffentlichen Eigentum, den Gemeindewohnungen? Was mit den Stadtwerken? Welche Schulen bleiben? Welches Bezirksgericht? Welcher Polizeiposten? Welche Leistungen werden sich verschlechtern? Wird es zu einem Abbau von demokratischen Möglichkeiten kommen, wenn kleinere Gemeinden aufgelöst werden? Wer wird diese Fragen beantworten? Von der Landesregierung kamen bisher nur Propagandafloskeln. Das genügt aber nicht.



Gemeindefusion? KPÖ für Volksabstimmung!

In der letzten Sitzung des Gemeinderates in Bruck stellte die KPÖ den Antrag, bei einer eventuellen Gemeindezusammenlegung eine bindende Volksbefragung durchzuführen. Nach Ansicht der KPÖ ist eine Gemeindefusion eine so wichtige Entscheidung, betreffend künftige Generationen, dass sie nur von der Bevölkerung direkt getroffen werden kann. Der Antrag der KPÖ wurde

von allen anderen Parteien, also SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen, abgelehnt. Die Freiheitlichen spielen sich auf Landesebene als Gegner von Zwangsfusionen auf. Im Gemeinderat haben sie offenbar andere Ziele.

Dabei ist es so, dass nicht nur die kleinere Gemeinde Infrastruktur und Arbeitsplätze verliert, sondern die Größere die Schulden (oder Überschüsse) der Kleineren übernimmt.



Frühpension für Voves & Co.!

Politiker, die nach oben buckeln und nach unten treten sind untragbar. Sie wurden gewählt weil man ihnen zugetraut hat das Beste für das Land zu erreichen. Stattdessen spielen sie die Exekutoren einer zerstörerischen EU-Politik. Reihenweise werden Gemeinden und Bezirke mit ihrer gesamten Infrastruktur „eingespart“. Tausende Arbeitsplätze gehen verloren.

Voves & Co sollten baldigst in Frühpension geschickt werden, um neuen Leuten eine Chance zu geben, die



sich zumindest bemühen, zum Wohl ihrer Wähler zu handeln.

fürchtet euch nicht!

KOMMENTAR



DIE WAHRHEIT

Von Gemeinderat Jürgen Klösch

als Zuhörer an der Stadtratsitzung teilnehmen darf. Ich kann meinen Antrag also weder erklären noch mitdiskutieren. Und vor allem erfährt die Öffentlichkeit so nie mehr etwas über die Anträge. Aber das ist doch das Entscheidende! Ich habe hier den Eindruck, als wolle man gewisse Dinge lieber in geheimen Gremien behandeln, damit man nicht öffentlich Farbe bekennen muss. Das hat aus meiner Sicht eine schräge Optik. Ich habe mich daher über die Rechtslage sehr genau informiert. Mit der Verweisung der Anträge in den Stadtrat entzieht man dem Gemeinderat seine Beschlussfähigkeit und gibt sie in ein Gremium welches nicht öffentlich ist und dem Gemeinderat untersteht. Der Bürgermeister versicherte mir dass er die Rechtslage ebenfalls prüfen will. Immerhin. Hoffentlich erkennt er die Problematik.

In diesem Sinne:
Helfen statt Reden

Gemeinderat Jürgen Klösch:
Tel. 0664 / 793 4386



Kapfenberg: KPÖ lehnt Belastungsbudget ab!

Das Gemeindebudget 2012 sieht auf den ersten Blick nicht schlecht aus. Ein ausgeglichener Haushalt, Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt und ein gesunkener Verschuldungsgrad. Warum kann die KPÖ dem Budget trotzdem nicht zustimmen?

Die entscheidende Frage ist, wie es zu diesen Zahlen kommt. Einerseits durch Entnahmen aus Rücklagen. Irgendwann sind diese dann aufgebraucht. Andererseits durch Gebührenerhöhungen, Einschnitte, Personalabbau und die Rücknahme von Leistungen.

Es gibt beim Kindergarten wieder Einnahmen aus Elternbeiträgen. Warum? Weil der Gratiskindergarten abgeschafft wurde. Beim Gratiskindergarten kamen Zuschüsse vom Land zur Gemeinde. Nun werden die Eltern belastet.

Der Musikschulbeitrag wurde erhöht, die Erhöhung der Wasser- und Kanalgebühren schlägt genauso durch wie die Erhöhung der Müllgebühren. Die Ausgaben für den Sozialhilfefverband sind gesunken und

verbessern damit das Budget. Offiziell ist das nur so, weil die Heime anders abgerechnet werden. In Wirklichkeit aber ist das auch so, weil die Mindessicherung eingeführt wurde und nun viel weniger ausbezahlt wird. Weil die Wiedereinführung des Regresses und andere Verschlechterungen ihre Wirkung tun. Dadurch, dass die Menschen wieder zur Kasse gebeten werden und Leistungen verschlechtert wurden und werden, sinken die Sozialausgaben. Das hat enorme Auswirkungen auf die Betroffenen.

Einschnitte in kommunale und soziale Versorgung

Zum Beispiel im Behindertenbereich. Die Behindertenorganisationen kämpfen mit den Kürzungen des Landes.

Aus dem Kapfenberger Rathaus



Zu spüren bekommen das die Menschen mit Behinderung und das Betreuungspersonal. Einkommenskürzungen für die Beschäftigten, Jobabbau und die Rücknahme von Leistungen für Menschen mit Behinderung sind die Folge.

Auch bei den Gemeindebediensteten gab es tiefe Einschnitte. Es gibt laufend Personalabbau und immer wieder seltsame Versetzungen.

Reinigungskräfte der Gemeinde werden immer öfter durch private Putzfirmen ersetzt.

Es ist bekannt, dass private Reinigungsfirmen extrem niedrige Löhne bezahlen. Zu-

meist arbeiten dort Frauen unter hohem Leistungsdruck und für wenig Geld. Dadurch, dass Gemeindebedienstete durch eine private Putzfirma ersetzt wurden, trägt die öffentliche Hand zur Armutsgefährdung und zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen bei.

Und der Dank?

Als „Dank“ für die Rationalisierungen der letzten Jahre haben Voves und Schützenhöfer den Gemeindebediensteten für 2012 eine Nulllohnrunde verordnet. Es ist völlig klar, dass die KPÖ eine Nulllohnrunde ablehnt und im Landtag dagegen gestimmt hat.

Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Termine nach Vereinbarung!

Tel: 0676 / 61 32 771 oder 03862 / 22 417

Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg, Feldgasse 8

Rat & Hilfe - KPÖ Bruck - Kapfenberg

Auch Bruck braucht Aktivcard

Der Brucker KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Vor rund 15 Jahren forderte die KPÖ im Bezirk erstmals die Einführung eines Aktivpasses für Personen mit einem geringen Einkommen.“ Seit 2008 gibt es die Aktivcard in Kapfenberg. Bruck wartet immer noch auf die Einführung

**AKTIV
PASS**

**Der Aktivpass –
eine gute Idee**



Die KPÖ-Frauen machten anlässlich des Internationalen Frauentags mit der Lohnschere darauf aufmerksam, dass Frauen immer noch ein Drittel weniger verdienen als Männer.

KOMMENTAR VON GEMEINDERAT CLEMENS PERTENEDER

Bedarfsorientierte „Mindestsicherung“ ??? – Eine Groteske geht weiter...



In Zeiten wie diesen muss gespart werden! – Dieses landauf, landab von unseren Politikern gepredigte Credo könnte man sogar für angebracht halten:

- Angesichts einer 18 Milliarden -Euro-Garantie für eine marode Bank unserer kärntner Nachbarn; - zum Teil ist dieses Geld bereits verloren.
- Angesichts der hunderten Millionen, die uns allen als Steuerzahler fehlen, weil der Verkauf der BUWOG ein „abgekartetes Spiel“ war.
- Angesichts der Millionen

die für Events und Berater des Landes Steiermark „hinausgeblasen“ werden, als gäbe es kein morgen...

- Angesichts der Anschaffung des absolut teuersten Fluggeräts für unser Bundesheer: Systemkosten von bis zu 5 Milliarden Euro;
- Die Entscheidung fiel wundersamerweise über Nacht, obwohl vorher ein günstigeres und völlig ausreichendes, im Nachhinein gesehen sogar besseres System favorisiert wurde (Stichwort „Lobbying“).

Liebe Leser, Sie haben es na-

türlich schon erraten: Rot-Schwarz haben sich in größtmöglicher Harmonie darauf geeinigt, bei jenen einzusparen, die eben keine Lobby haben, also bei Mindestsicherungsbezieher/innen, Wohnbeihilfenbezieher/innen, Mindestpensionist/innen, in der Jugendwohlfahrt und bei der Behindertenbetreuung, kurz: bei Menschen mit geringstem Einkommen. Und eine Erhöhung der Vermögenssteuern – also die Einforderung einer Beteiligung jener, die mit unser aller Arbeit gutes Geld verdienen - ist weiterhin nicht in Sicht.

Dieses kurzsichtige „Sparen“ wird uns alle noch viel Geld kosten...

- spätestens dann, wenn aktuell nicht mehr betreute Jugendliche aus schwierigem Elternhaus sich andere Wege suchen, Dampf abzulassen;
- spätestens dann, wenn (Spiel-)Süchtige ihre Familien mit in den Ruin reißen;
- spätestens dann, wenn auch der aller-allerbeste Rettungsschirm dieses System des Turbokapitalismus und der Megaspekulation nicht mehr auffangen wird können.

Nochmals zurück zur Mindestsicherung:

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung war seitens des Ministeriums immer als Pauschale gedacht und sollte 14 mal ausbezahlt werden – man wollte eine österreichweite Vereinheitlichung. Herausgekommen ist für die Steiermark: Alle Bezirkshauptmannschaften rechnen unterschiedlich und der „Unabhängige Verwaltungssenat“ hat eine ganz eigene Berechnungsmethode gefunden...

Trotz zahlreicher Versprechen wird die Wohnbeihilfe als Einkommen gerechnet, eigentlich ein Skandal!

Der Willkür ist in den diversen Behörden und Ämtern weiterhin Tür und Tor geöffnet.

Es kann nicht sein, dass man einer schwer kranken Bezieherin € 2438.- pro Jahr wegstreicht, entgegen allen Vereinbarungen mit dem Bund, unter Berufung auf ein Gesetz, das lt. einer Mitarbeiterin des Unabhängigen Verwaltungssenats „so schlecht“ ist, dass man gar nicht entscheiden könne.

Falls Sie betroffen sind: Wehren Sie sich!

Falls Sie Betroffene kennen: Raten Sie ihnen zu einem Termin bei der Sozialberatung der KPÖ.

Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Telefonische Anfragen unter

**Tel: 0676/6132771
oder 03862/ 22 417**

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg, Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
und Freitag von 9:00 bis 13:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kapfenberg.kpoe.at

in Stadt
Land

kapfenberg
KPÖ



fürchtet euch nicht!

Gemeinderat Clemens Perteneder

Tel. 03862 / 22 4 17



Nicht um jeden Preis!

4,1 % Lohnerhöhung fordert die Gewerkschaft für die Angestellten im Gesundheits- und Sozialbereich. Das „Angebot“ der Arbeitgeber von 3,05 % entspricht einer Lohnkürzung, denn die Inflationsrate liegt bei 3,3 % (Wocheneinkauf sogar 5,5 %).

Der Arbeitsalltag eines Pflegehelfers oder einer Sozialarbeiterin entwickelt sich zunehmend zu einem Wettlauf gegen die Zeit. Dank Einsparungen unserer Landesregierung kam es bereits zu massiven Stundenkürzungen, was für die Angestellten nicht nur Einkommensverlust bedeutet, sondern auch weniger Ressourcen für mehr und intensivere Arbeit. Die Bedürfnisse der Klientinnen und Klienten werden nämlich nicht weniger, nur weil das Geld für sie nicht da ist. Dasselbe gilt für die Bereitschaft der professionellen HelferInnen diese Bedürfnisse zu befriedigen. Wir sind diejenigen, die versuchen müssen den Schaden abzufedern, den hilfsbedürftige Menschen durch diesen Sozialraub erleiden. Und dafür kriegen wir dann noch eine Lohnkürzung? Als Angestelltengruppe, die ohnehin 17 % unter dem Durchschnittseinkommen liegt? Zu Recht hat die Gewerkschaft zu Protesten aufgerufen und zu Recht sind am 1. Februar tausende Betroffene und Solidarische auf die Straßen gegangen, um den Arbeitgeber/innen und vor allem den Trägerschaften zu zeigen: wir tragen die Verantwortung vor Ort und baden ohnehin die sozialen Folgen eurer Miswirtschaft aus, aber nicht um jeden Preis!

*Belinda Zangerl
Betriebsratsvorsitzende
Verein Wildrosen
(Frauenschutzzentrum/Mädchen- und
Frauenberatungsstelle Kapfenberg)*

Gefährliche Für Preisregelung und

Das tägliche Leben wird immer teurer. Die Ausreden der Politiker für die hohe Inflationsrate werden aber immer billiger. In Wirklichkeit kassieren sie bei den einfachen Menschen die Kosten für ihre Euro-Finanzkrise ein. Statt sich für das Wohl der Bevölkerung einzusetzen, loben sie sich gegenseitig dafür, dass sie den Menschen wehtun.

Die neuesten Zahlen der Statistik Austria zeigen:

Die Teuerung für das tägliche Leben liegt bei 5,2 Prozent. Die Preise für Haushaltsenergie sind am deutlichsten gestiegen sind (durchschnittlich +5,7%; Heizöl +16%, Gas +11%).

Die Wohnungsmieten sind überdurchschnittlich stark angestiegen. Benzin und Diesel sind teuer wie noch nie.

Die Teuerung trifft Menschen mit geringem Einkommen besonders stark. Deshalb wird jetzt ein allgemeiner Tarif- und Gebühren-

stopp schön langsam zu einer Notwendigkeit geworden.

Die Politiker von SPÖ und ÖVP erklären sich zwar dafür zuständig, Kürzungen und Verschlechterungen vorzunehmen. Für das Wohl der Menschen – etwa durch amtliche Preisregelungen ein-



Das **tägliche Leben** muss **leistbar** bleiben!

**Es reicht.
Teuerung stoppen!**

Teuerung Inflationsausgleich!

zugreifen – dafür fühlen sie sich nicht zuständig

Die 3 Prozent, die als amtliche Inflationsrate ausgewiesen werden, liegen deutlich über den jüngsten Pensionserhöhungen. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung sind gar nicht erhöht worden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Die KPÖ tritt für die Wiedereinführung der amtlichen Preisregelung für Grundnahrungsmittel

und Energie ein. Besonders wichtig ist auch eine „Gebührenbremse“ in den Gemeinden. Anstatt –wie etwa die Schwarz/Grüne Rathausmehrheit in Graz – eine Teuerungsautomatik bei Kanal und Müllabfuhr vorzusehen, ist es im Gegenteil notwendig, Gebühren- und Tarifierhöhungen auszusetzen. Wenn die Politik jetzt nicht aktiv gegen die Teuerung auftritt, werden wir schon bald die Verarmung von größeren Teilen der Bevölkerung erleben.“

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. Mit Rat und Tat!

KPÖ
wirkt!

Wir beraten Sie gerne.

Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

KPÖ für **Tarifstopp** bei Strom

Trotz sinkender Großhandelspreise gibt es nun die sechste Strompreiserhöhung unter Landeshauptmann Voves

Bereits zum sechsten Mal wird unter Landeshauptmann Voves der Strompreis für Kunden der EStAG erhöht. Um 4,3 Prozent kostet Strom ab 1. März 2012 mehr. Dabei hat Voves bei Amtsantritt soziale Strompreise versprochen. Jetzt belastet er die Bevölkerung mit ständigen Preiserhöhungen, obwohl die Großhandelspreise für Strom stark gesunken sind.

Die Teuerung geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem die meisten anderen Stromlieferanten ihre Preise senken. Die E-Control nennt die Tarifierhöhung

„nicht nachvollziehbar“ und weist auf die Preisentwicklung an der Strombörse, wo die Preise auf sehr niedrigem Niveau sind und weiter sinken.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „**Alle Preise und Gebühren werden ‚angepasst‘, nur die Gehälter nicht. Die öffentlichen Energieversorger werden missbraucht, um eine versteckte Massensteuer einzuheben. Das Land belastet die Bevölkerung, um Budgetkosmetik beim selbst gemachten Haushaltschaos zu betreiben.**“

www.gegen-armut.at

Marco Fegerl,
Oskar Helmer Straße 67,
2514 Traiskirchen, Tel.
0660 466 9404
E-Mail:
marco.fegerl@gmx.at

Aktiv gegen Armut und Schulden

Mit einem Volksbegehren sollen Maßnahmen zu einem gerechteren Umgang mit Menschen, die Schulden haben, durchgesetzt werden.

**KLEIN, ABER
MIT BISS**



KPÖ-LAbg.

Werner Murgg:

„Wir haben schon vor der Privatisierung der steirischen Energieerzeugung unter Klasnic gewarnt. Jetzt bricht Voves seine eigenen Wahlversprechen und kassiert über die Energiepreise bei den Steirerinnen und Steirern ab.“

Vor zehn Jahren haben die Politiker gefeiert und die ersten Euro-Scheine aus dem Bankomat gezogen. Heute müssen wir froh sein, wenn überhaupt noch ein Geld aus dem Bankomaten kommt.



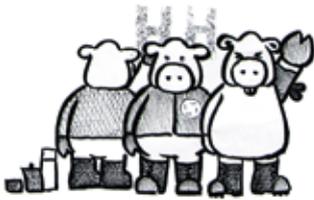
Im Kapitalismus ist alles deppert!



Bildungsabbau: Deppert!



Niedrige Löhne: Deppert!



Nazis: Deppert!



Umweltzerstörung: Deppert!



Kapitalisten: Deppert!



Sexismus: Deppert!



Kriege: Deppert!

Die verrückte Welt des Kapitalismus:

4.580 Euro zahlt man im Wiener Hotel Sacher für die Suite pro Nacht!

2,79 Millionen Euro verdient "Erste"-Bankchef Treichl im Jahr, das ist über 140 mal mehr als eine Friseurin!

"Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 37.000 Menschen verhungern jeden Tag und fast eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt. Und derselbe UNO-Nahrungsbericht, der alljährlich diese Opferzahlen gibt, sagt, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase ihrer Entwicklung problemlos das Doppelte der Weltbevölkerung normal ernähren könnte. Darum sage ich: Ein Kind, das an Hunger stirbt, wir ermordet!"
(Jean Ziegler, ehem. UNO-Sonderberichterstatter)

Geht das auch anders?

JA!

Unsere Gesellschaft ist von Menschen gemacht und kann auch von Menschen verändert werden. Wir wollen ein Leben ohne finanzielle Sorgen, ständigen Druck und Zukunftsängste.

Längst sind Technik und Wissenschaft so weit entwickelt, dass die Bedürfnisse aller Menschen gesichert werden könnten. Dem im Weg steht das System des Kapitalismus, in dem stets nur eine kleine Minderheit profitiert

Daher braucht es starke Widerstandsorganisationen, in denen wir für unsere sozialen und demokratischen Rechte in Schule, Uni, Betrieb eintreten. Dazu müssen wir die Macht der Banken und Konzerne zurückdrängen und schließlich das unsoziale, demokratiefeindliche System des Kapitalismus überwinden.

Ohne dich sind wir eine/r zu wenig



ICH MÖCHTE:

- Info-Paket von der KJÖ
- Zukunftsprogramm "Was tun? Was tun!"
- Infos zum Antifa-Seminar 11.-13. Mai in Linz
- T-Shirt: "Eat the Rich!" (12 Euro) Größe _____
- Picklerl in Hülle und Fülle
- Bei euch mitmachen - kontaktiert mich!

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon/Mail: _____

Geht auch online:
kjo.at => Kontakt



Bitte Marke kleben!
ÖSTERREICH €0,55

KJÖ

Bundesbüro der
Kommunistischen Jugend Österreichs
Lagergasse 98a
8020 Graz



Proteste gegen Schulschließungen

Proteste im und außerhalb gegen des Landtag gegen die Schulschließungen.

In Arndorf soll die Volksschule, in Breitenau sogar eine Hauptschule für immer zugesperrt werden.

Offener Brief an die Verantwortlichen der Schulschließung Arndorf

Enttäuschung, Wut und Trauer sind die wechselnden Gefühle, die die überfallsartige Schulschließung ausgelöst hat. Wird denn bei solchen Entscheidungen überhaupt noch an die Menschen gedacht oder ist das nur noch zynisches Kalkül einer abgehobenen Politikergeneration? Ist das noch zum

Wohl des Volkes, auf das sie bei ihrer Angelobung verpflichtet wurden? Entspricht das noch dem Volkswillen, ist das also noch Demokratie?

Nicht einmal die vorgegebenen Begründungen halten einer Prüfung stand, die pädagogischen nicht und die wirtschaftlichen ebenfalls nicht.

Denn die pädagogische Qualität ergibt sich aus dem Engagement der Lehrpersonen und die ist in Arndorf bestens. Sozialer Zusammenhalt ist in diesen Zusammenhang sicher wichtiger als die Größe der Schule. Weiß man in Graz überhaupt etwas über Arndorf?

Die ökonomische Seite ist ja wohl noch paradoxer: Um 500 Euro Schulerhaltungskosten im Monat zu sparen, zahlt man dann Schulgeld an St. Katha-

rein und Bruck. Die bisherige Lehrerin soll die Arndorfer SchülerInnen in unterschiedlichen Schulen und Klassen mit betreuen, wie soll das gehen?

Sind die neuen Schulen auf die neuen SchülerInnen vorbereitet? Die 22 SchülerInnen in Arndorf im nächsten Schuljahr sind eine Klasse, sie brauchen eine Lehrerin, wie bisher.

In Zukunft wird man einen Schulbus brauchen, der auch noch in verschiedene Richtungen fahren muss. Zeit wird verschwendet und die Umwelt belastet!

Was spart man ein? NICHTS!

Bei dieser Sachlage haben wir uns von unserer Bürgermeisterin Unterstützung erwartet und nicht Resignation. Wir fühlen uns allein gelassen sind tief enttäuscht von der Politik.

Wir protestieren mit diesem Leserbrief gegen den Zynismus der Landespolitik, die unser Gemeinwesen beschädigt und unsere Kinder und ihre Freundschaften zerreißt.

**Die Gemeinderäte Clemens Perteneder,
Peter Vogl
sowie 340 Bewohnerinnen und Bewohner
- vorwiegend aus Arndorf.**

WAHLVERSPRECHEN GELTEN DAS GANZE JAHR!

KEINE PRIVILEGIEN

2011 zahlte ich meine Gemeinderatsbezüge in Höhe von 3005,80 Euro in den Sozialtopf der KPÖ. **DIES GILT AUCH FÜR 2012**

KEINE GEBÜHRENERHÖHUNGEN

2011 stimmte ich insgesamt gegen alle Gebührenerhöhungen. **DIES GILT AUCH FÜR 2012**

KEINE FREUNDERLWIRTSCHAFT

2011 lehnte ich jede Art von Freunderlwirtschaft in der Gemeinde ab. **DIES GILT AUCH FÜR 2012**

Die KPÖ sagt, was
andere verschweigen

Versprochen ist versprochen!
Ihr Gemeinderat Clemens Perteneder



PS: Sollten Sie Fragen zum Mietrecht, zur Mindestsicherung, Sozialberatung oder anderen Themen haben, so stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. **Bitte rufen Sie mich einfach an!**

Tel. 03862 / 22417 oder
Tel. 0676 / 6132 771

KPÖ

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband
Tel. 0316 / 38 48 30
www.mieterschutzverband.at

Sprechstunden KAPFENBERG:
Restaurant Schicker, jeden 3. Dienstag
im Monat von 10:00 bis 11:00 Uhr,
nur nach telefonischer Vereinbarung

Mietrecht: Was muss man bei Wohnungsrückgabe beachten?

Immer wieder kommt es vor, das Vermieter bei Wohnungsrückgabe zu Unrecht die Kautions einbehalten

Wohnungsrückstellungen laufen oft nicht reibungslos ab. Da kann es vorkommen, dass der Vermieter ungerechtfertigte Forderungen wegen angeblicher Schäden in der Wohnung an den ausziehenden Mieter stellt. Generell gilt: Im Vollanwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes (MRG) kann der Mieter nur für solche Beschädigungen zur Kasse gebeten werden, die über eine **normale Abnutzung** der Wohnung hinausgehen.

Unter normaler Abnutzung versteht man solche Gebrauchsspuren, die in Zusammenhang mit dem bestimmungsgemäßen Gebrauch der Wohnung entstanden sind. Schäden, die durch unsachgemäße Behandlung der Wohnung entstanden sind, können als übermäßige Abnutzung qualifiziert werden; sie müssen vom Mieter behoben werden. Aber auch bei einer übermäßigen Abnutzung darf der Vermieter die Neuanschaf-

fungskosten nicht auf den Mieter überwälzen. Dem Vermieter gebührt nur ein anteilmäßiger Ersatz.

Wer muß ausmalen?

Auch ausgemalt muss nur bei übermäßiger Abnutzung werden. Als übermäßige Abnutzung werden wohl folgende Beispiele heranzuziehen sein: durch Nikotin vergilbte Wände, Brandlöcher, Kratzspuren von Haustieren, oder starke Verschmutzungen. Wichtig ist: Um Beweise zu sichern, sollte der Zustand der Wohnung zum Zeitpunkt der Rückstellung mit Fotos und einem Übernahmeprotokoll dokumentiert werden. In jedem Fall sollte der Zustand der Malerei und der Böden vermerkt sein, da diese oft Streitpunkte zwischen Vermieter und Mieter sind. Der Mieter sollte bei der Übergabe eine zweite Person mitnehmen und sich vom Vermieter die Ordnungsgemäßheit der Wohnung bestätigen lassen.



„Der Reisende“ geht zu Fuß. Aber wo bleibt der Radweg auf den Schirmitzbühel?

Wir trauern um unsere Genossin

Anna Köberl,
die im 90sten Lebensjahr
verstorben ist.

KPÖ Bezirk Bruck
BDF-Bund demokratischer
Frauen
Zentralverband der Pensionisten
Kinderland

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Kapfenberg, Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg. F.d.Inhalt verantwortlich: Clemens Perteneder. Verlags- und Herstellung: KPÖ. Druck: m4. E-Mail: kpoeakapfenberg@gmx.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Kernstockstraße – KPÖ für Umbenennung

In der Brucker Gemeinderatssitzung vom 15. Februar forderte die KPÖ die Umbenennung der Ottokar Kernstock Straße. Kernstock war ein deutschnationaler Dichter. Unter anderem schrieb er das „Hakenkreuzlied“.



cc wikicommons

Deutschnationale Fundamentalisten wie der Kleriker Ottokar Kernstock sind daran schuld, dass die mehrsprachige Steiermark für immer geteilt wurde.

Deshalb wurden schon in vielen Gemeinden in Österreich Umbenennungen durchgeführt. In Ansfelden erfolgte 1995 aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses die Umbenennung. In Traun wurde genauso gehandelt. Auch in Wien wurde 1992 der Kernstockplatz im 16. Bezirk umbenannt. Dies sind nur einige Beispiele von Umbenennungen in Österreich. Bruck sollte diesen Beispielen folgen. „Der richtige Umgang mit dem schwärzesten Teil der Geschichte Österreichs ist der beste Weg zur Aufklärung bzw. Bekämpfung von Nationalsozialistischem Gedankengut. Deswegen wäre eine Umbenennung der Straße ein erstrebenswertes Ziel für unsere Gemeinde“ begründet Gemeinderat Klösch den Antrag. Dieser wurde zur Beratung in den Verkehrsausschuss verwiesen.

Ehrenamt Gemeinderat KLARSTELLUNG:

Ich beziehe als Gemeinderat bzw. als Obmann des Prüfungsausschusses der Stadt Bruck an der Mur ein zusätzliches monatliches Gehalt von 525 € brutto (Das Bürgermeistergehalt



beträgt 5.474 € brutto monatlich). Dieses zahle ich zur

Gänze

in den Sozialtopf der KPÖ Bruck an der Mur (im Jahr 2011 waren es in Summe 6.967,40 €).

Dieses Geld dient einerseits als Unterstützung politischer Maßnahmen (Flugblätter, die Zeitung, die Sie in Händen halten usw.) und für soziale Aktionen (Sommerfest mit gratis Eintritt, finanzielle Unterstüt-

zung in schwierigen Lebenslagen, Mieter- und Sozialberatung usw.). Dieses Gehalt dient nicht zu meiner Bereicherung. Durch den Posten des Gemeinderates bekommt man ohnehin sehr viele Vergünstigungen in der Gemeinde: Ob es der gratis Eintritt bei Vernissagen mit anschließendem Buffet ist, oder private Führungen in den Betrieben der Gemeinde. Ich nehme bei diesen Veranstaltungen nie teil bzw. bezahle den Eintritt. Denn ich bin um nichts besser oder wichtiger als andere Gemeindebürger und möchte genauso behandelt werden.

KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch

fürchtet
euch nicht!

Gemeinderat Jürgen Klösch:

Tel. 0664 / 793 4386

Politgeld – bei der KPÖ gut verwendet



Am „Tag der offenen Konten“ gaben die KPÖ-Politiker LABg. Claudia Klimt-Weithaler, die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr und LABg. Werner Murgg (v.l.n.r.) Auskunft über die Verwendung der Gelder des KPÖ-Sozialfonds, der aus überhöhten Politikereinkommen gespeist wird. Die KPÖ Politiker zahlen Beträge, die ihren Lebensbedarf übersteigen in den Sozialfonds ein und können damit vielen Menschen helfen. 2011 sind die Akut-Unterstützungen etwa bei Lebensbedarf, bei dringenden Reparaturen im Haushalt oder Strom- und Heizungskosten angestiegen.

Zum 14. Mal legten die KPÖ-Mandatäre im Dezember 2011 einen Bericht über die Verwendung ihrer Polit-Bezüge offen. Nach Ernest Kaltenecker, der diese Praxis 1998 eingeführt hatte, halten sich auch die Grazer Stadträtin Elke Kahr und die Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg an die Richtlinie, dass ein großer Teil ihrer Politgehälter für in Not geratene Menschen verwendet wird.

Im Jahr 2011 haben sie insgesamt € 115.895 für diesen Zweck an 959 Personen zur Verfügung gestellt. Elke Kahr spendete allein € 55.845 an 570 Personen.

In Summe wurden seit 1998 von den Mandatären der KPÖ insgesamt € 1.229.521 an 8.721 Personen ausbezahlt. **Bei den anderen Parteien findet dieses Vorbild keine Nachahmung.**

Das kassieren die Politiker im Land

Bundeskanzler (SPÖ)	€ 20.400
Landeshauptmann Voves (SPÖ)	€ 15.504
LH-Stellvertreter (ÖVP)	€ 14.688
Landesräte (SPÖ, FPÖ, ÖVP)	€ 13.872
Landtagspräsident (SPÖ)	€ 11.016
Bürgermeister Graz (ÖVP)	€ 12.648
Vizebürgermeisterin Graz (Grün)	€ 10.608

(Monatliche Bruttobezüge,
14mal im Jahr)



Ferien mit Kinderland

Die Ferienturnusse

Im Kärntner Jauntal, am Fuße des Kitzelberges, mit herrlichen Blick auf den Turnersee wird das Feriendorf seit Jahrzehnten in den Sommermonaten von vielen Erlebnishungrigen besucht.

In 13 Bungalows mit 4- und 6-Bettzimmern (Stockbetten), abseits von Straßen und Verkehr, können wir bis zu 190 Kinder beherbergen.

Die 2- und 3-Wochenturnusse zählen zu den Klassikern der Kinderland-Ferienaktion und werden daher am häufigsten gebucht. Die Bungalows sind nach Standard einer Kindererholungsanlage zweckentsprechend eingerichtet, mit Duschen und einem Aufenthaltsraum versehen.

Das Programm lässt keine Wünsche offen und bietet vom Baden am hauseigenen Strand bis hin zu kreativen, sportlichen und kulturellen Angeboten all das, was Kinderferien zu unvergesslichen Erlebnissen macht.

1-2 ODER 3

Wochen möglich!
für Kinder im Alter
von 6 bis 15 Jahren

St. Radegund am Schöckel
vom 08. Juli bis 21. Juli

Feriendorf Turnersee
vom 08. Juli bis 25. August

Infos unter:

www.kinderland-steiermark.at

Kinder im Alter von
6-15
JAHREN

Termine:	Dauer:	Vollpreis
08.07. bis 21.07.	2 Wochen	□ 498.-
08.07. bis 28.07.	3 Wochen	□ 668.-
22.07. bis 28.07.	1 Woche	□ 255.-
29.07. bis 11.08.	2 Wochen	□ 498.-
29.07. bis 18.08.	3 Wochen	□ 668.-
12.08. bis 18.08.	1 Woche	□ 255.-



Genauere Information und Anmeldung:

Tel. 0316 / 82 90 70

www.kinderland-steiermark.at

Vermietung der Heime St. Radegund bei Graz und Feriendorf-Turnersee außerhalb der Turnuszeiten an Gruppen oder Schulen



INITIATIVE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

INFO TEL. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler

